

## DeZIM Working Papers +

DWP #11 | 26 Berlin, den 5. Februar 2026

---

Aktuelle Herausforderungen für Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

**DeZIM Working Papers +**

DWP #11 | 26 Berlin, den 5. Februar 2026

---

# Aktuelle Herausforderungen für Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemi- tismus

---

Christian Sowa, Till Sträter, Olga Janzen und Sonja Haase

## INHALT

Zusammenfassung .....	4
Abstract .....	4
Zentrale Ergebnisse .....	5
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>6</b>
<b>2. Beratungsstrukturen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ .....</b>	<b>6</b>
<b>3. Rahmenbedingungen der Beratungsarbeit .....</b>	<b>7</b>
<b>4. Fazit und Ausblick .....</b>	<b>10</b>
Literaturverzeichnis .....	12
Über die Autor*innen .....	14
Über das Projekt .....	15

---

# AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN FÜR BERATUNGSSTELLEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS, RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS

Christian Sowa, Till Sträter, Olga Janzen und Sonja Haase

---

## ZUSAMMENFASSUNG

Angesichts steigender Fallzahlen rechtsextremistisch, rassistisch und antisemitisch motivierter Straftaten und Übergriffe wird zivilgesellschaftliche Beratungsarbeit gegen Extremismus immer wichtiger. Angebote der Mobil- en Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung und der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung konnten in den vergangenen Jahren wichtige Unterstützung für Betroffene leisten, Aussteigende begleiten sowie Präventi- onsarbeit durchführen. Das Working Paper betrachtet die aktuellen Rahmenbedingungen der Beratungsarbeit aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Basierend auf einer Fokusgruppendifkussion mit Vertreter\*in- nen von Beratungsstellen, Interviews mit den koordinierenden Landes-Demokratiezentren sowie Dokumen- tenanalysen, zeigt das Paper, dass die Arbeit der Beratungsstellen – trotz der geleisteten Arbeit, einer zuneh- menden Professionalisierung und Institutionalisierung – vor multiplen Herausforderungen steht. Dazu zählen ein starker Anstieg von Beratungsfällen, komplexer werdende Problemlagen sowie zunehmende Bedrohungslagen in der Beratungsarbeit.

**Schlagwörter:** *Beratungsstellen, Opferberatung, Mobile Beratung, Ausstiegsberatung, Rechtsextremismus, Ext- remismus, Prävention, Demokratieförderung, Bundesprogramm „Demokratie Leben!“, Bedrohungslagen, Lan- des-Demokratiezentren*

## ABSTRACT

In view of rising numbers of crimes and attacks motivated by right-wing extremism, racism, and anti-Semitism, civil society advice and counseling against extremism is becoming increasingly important. In recent years, the services of mobile advisory (*Mobile Beratung*), victim support services (*Opfer- und Betroffenenberatung*) as well as exit and deradicalization work (*Distanzierungs- und Ausstiegsberatung*) have provided important support for those affected, have accompanied people to leave extremist groups, and have carried out prevention work. This working paper examines the current conditions of advice and counseling against extremism under the federal program “Demokratie leben!” (Live Democracy!). Based on a focus group discussion with representatives of ad- vice and counseling centers, interviews with coordinating federal state democracy centers (*Landes-Demo- kratiezentren*), and document analyses, the paper shows that – despite the work being done, increasing profes- sionalization and institutionalization – advice and counseling centers face multiple challenges, including a sharp rise in the number of cases and requests, increasingly complex problems to address, as well as growing threats to the work of the centers.

**Keywords:** *advice and counseling centers, victim support services, mobile advisory services, exit and deradicali- zation work, right-wing extremism, extremism, prevention, democracy promotion, federal program “Live Democ- racy!”, threat scenarios, federal state democracy centers*

---

## ZENTRALE ERGEBNISSE

- Beratungsstellen gegen (Rechts-)Extremismus, Rassismus und Antisemitismus leisten wichtige Unterstützung für Betroffene und bieten Ausstiegs- und Präventionsarbeit an.
- Beratungsanfragen steigen kontinuierlich und können mit den vorhandenen Ressourcen der Beratungsstellen nur noch schwer bearbeitet werden.
- Die Fallarbeit der Beratungsstellen wird komplexer und Problemlagen der Zielgruppen verschärfen sich. Zunehmende innergesellschaftliche Konflikte, eine Radikalisierung immer jünger werdender Menschen – in sozialen Medien und im Umfeld von Schulen – prägen die Arbeit der Beratungsstellen.
- Bedrohungslagen sowie Versuche rechtsextremer Akteure, Parteien und Medien, die Beratungsarbeit zu delegitimieren, nehmen zu. Beratungsstellen reagieren mit dem Erstellen von Schutzkonzepten, was Ressourcen bindet.

# 1. Einleitung

Rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Straftaten sind im Jahr 2024 weiter angestiegen und erreichen neue Höchststände (BKA 2025; VBRG 2025). Auch das Personenpotenzial (gewaltorientierter) Rechtsextremist/innen hat sich gegenüber den Vorjahren erneut erhöht (BMI 2025b). Angesichts dieser Entwicklung wird die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, welche diese Phänomene adressieren, insbesondere der Mobilen Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung und der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung, immer wichtiger.

In den vergangenen Jahren konnten die Beratungsstellen Unterstützung für Betroffene von extremistischen Angriffen, aber auch notwendige Präventionsarbeit im Handlungsfeld leisten (vgl. Haase et al. 2024). Gleichzeitig prägen zunehmend komplexe Problemlagen, schwierige Rahmenbedingungen sowie ein Anstieg von Bedrohungslagen die Arbeit der Beratungsstellen.

In Deutschland wird die Arbeit der verschiedenen Beratungen insbesondere vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert. Das Working Paper fokussiert die aktuellen Rahmenbedingungen der Arbeit von Beratungsstellen des Bundesprogramms im Programmbereich „Landes-Demokratiezentren“ und bei der Prävention von Rechtsextremismus. Es zeigt, dass die Beratungsstellen vor multiplen Herausforderungen stehen. Diese manifestieren sich in steigenden Beratungsanfragen, einer komplexer werdenden Fallarbeit sowie in den Versuchen rechtsextremer Akteure, Parteien und Medien, die Beratungsarbeit zu delegitimieren. Das Paper schließt an bestehende Studien zu Bedrohungslagen (Ratzmann & Pöggel 2024; Sommer & Ratzmann 2022; Weiberg & Schöll 2025) und zu Rahmenbedingungen der Beratungsarbeit an (Haase et al. 2024), und erweitert diese um neue Erkenntnisse.

Methodisch basiert die Studie auf einer Dokumentenanalyse der Sekundärliteratur sowie einer Fokusgruppendifkussion mit Vertreter\*innen der drei oben genannten Beratungsstellen und deren Dachverbänden, die im Juli 2025 stattfand. Darüber hinaus wurden 16 leitfadengestützte Interviews mit allen Landes-Demokratiezentren (LDZ) zwischen April und Juni 2025 durchgeführt.<sup>1</sup> Die LDZ sind für die Koordination und Förderung der Beratungsstellen auf Landesebene verantwortlich. Nach einem kurzen Überblick über die Strukturen der Beratungsstellen werden die Rahmenbedingungen der Beratungsarbeit sowie die aktuellen Entwicklungen in der Fallarbeit diskutiert. Abschließend richtet das Working Paper den Fokus auf sich verschärfende Bedrohungslagen, welche die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure besonders herausfordert.

## 2. Beratungsstrukturen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

### 2.1 Die drei Säulen der Beratungslandschaft

Die zivilgesellschaftliche Beratungslandschaft der Demokratieförderung und Extremismusprävention in Deutschland lässt sich grob in drei komplementäre Beratungsformen einteilen, die sich u.a. durch ihren Zielgruppenbezug voneinander abgrenzen lassen: Während sich die Opfer- und Betroffenenberatung an Menschen wendet, die Angriffe oder Diskriminierung erfahren haben, konzentriert sich die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung auf Personen, die aus extremistischen Milieus aussteigen möchten. Die Mobile Beratung hingegen unterstützt gesellschaftliche Akteure dabei, präventiv gegen Rechtsextremismus und für Demokratie aktiv zu werden. In der Praxis überschneiden sich diese Bereiche notwendigerweise, weshalb eine

---

<sup>1</sup> Direkte Zitate aus den Interviews werden im Text mit „FG“ (Fokusgruppe Beratungsstellen) sowie „I\_LDZ“ (Interviews Landes-Demokratiezentren) zitiert.

enge Vernetzung und gegenseitige Vermittlung zwischen den Beratungsformen essenziell ist.

Diese Beratungslandschaft wird über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Programmbeereich „Landes-Demokratiezentren“ finanziert (vgl. BMBFSFJ). Ergänzend fließen Landesmittel in die Förderung ein. In jedem Bundesland bilden die Landes-Demokratiezentren (LDZ) eine zentrale Koordinations- und Vernetzungsstelle. Sie koordinieren die Beratungsstrukturen und fungieren als Schnittstelle zwischen ihnen und weiteren Akteuren. In den vergangenen Jahren konnten die LDZ die Beratungsstrukturen bei ihrer zunehmenden Etablierung und Professionalisierung der Beratungsarbeit unterstützen, die Vernetzung verbessern und Qualitätsentwicklungsprozesse vorantreiben (vgl. Haase et al. 2024). Daneben organisieren sich die Beratungsstellen in Dachverbänden, was den fachlichen Austausch zwischen den Bundesländern weiter fördert und zur Entwicklung von Qualitätsstandards beiträgt.

## 2.2 Mobile Beratung

Die Mobile Beratung (MB) stellt flächendeckend Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus zur Verfügung. Deutschlandweit existieren über 60 Standorte mit unterschiedlichen strukturellen Ausprägungen.

Die Trägerschaft bildet die Breite der Zivilgesellschaft in den Bundesländern ab. Beispiele umfassen zivilgesellschaftliche Organisationen, Wohlfahrtsverbände aber auch Jugendverbände wie den Bayerischen Jugendring oder thematisch spezialisierte Organisationen wie den Verein für Demokratische Kultur in Berlin oder das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln.

## 2.3 Opfer- und Betroffenenberatung

Die Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sind an bundesweit 30 Standorten vertreten.

Neben der regulären Opfer- und Betroffenenberatung (OB) haben sich spezialisierte Beratungsstellen etabliert, darunter zum Beispiel OFEK e.V. als Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, die inzwischen in Berlin, Hessen,

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg vertreten ist. Bremen verfügt zusätzlich über eine spezialisierte Beratungsstelle für LSBTIQ\*-Geflüchtete.

Die Trägerschaft umfasst sowohl etablierte Organisationen wie ReachOut in Berlin, den Evangelischen Regionalverband Frankfurt und Offenbach als auch Selbstorganisationen wie die Türkischen Gemeinden in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Teilweise sind Opfer- und Mobile Beratung bei demselben Träger angesiedelt, um Synergien zu nutzen.

## 2.4 Ausstiegs- und Distanzierungsberatung

Die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung (ADA) unterstützt Personen dabei, aus extremistischen Szenen auszusteigen und bietet daneben häufig Angehörigenberatung an. Bundesweit gibt es etwa 25 Standorte mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Unter den Trägern finden sich dabei aktive Organisationen wie Violence Prevention Network oder das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands e.V., aber auch regional spezialisierte Träger mit langer Arbeitserfahrung wie Rote Linie Hessen oder KAST e.V. in Schleswig-Holstein. Viele ADA-Stellen fokussieren Rechtsextremismus, während religiös begründeter Extremismus häufig durch separate Strukturen abgedeckt wird. Einige Bundesländer wie Baden-Württemberg und das Saarland bieten phänomenübergreifende Beratung an. Oftmals gibt es zum religiös begründeten Extremismus eigene Angebote in Landesministerien und insbesondere den Verfassungsschutzbehörden.

# 3. Rahmenbedingungen der Beratungsarbeit

## 3.1 Steigendes Fallaufkommen

Die Ausgangssituation der Beratungsstellen, die bereits in anderen Studien und Berichten (vgl. Haase et al. 2024; Pöggel 2024) analysiert wurde, stellt sich 2025 wie folgt dar: Einerseits ist eine zunehmende Professionalisierung zu beobachten. Dies

zeigt sich in einer wachsenden Etablierung der Beratungsstrukturen, sowie in einer guten Vernetzung unter den Beratungsstellen, mit Fördergebern und mit Regelstrukturen (wie z.B. Sicherheitsbehörden, Kommunalverwaltungen und Justiz). Die Akteure kennen sich, treten bedarfsbezogen in Kontakt und nutzen etablierte Austauschformate.

Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen durch ein Missverhältnis zwischen Beratungsbedarf und vorhandenen Mitteln, kurzfristiger Projektfinanzierung und Personalfuktuation beeinträchtigt (vgl. ebd.). Die gegenwärtige Ausstattung wird von Beratungsstellen als „knapp bemessen“ beschrieben (FG\_P1), insbesondere bei der Arbeit im ländlichen Raum, wo Mitarbeitende viel reisen müssen, große Regionen betreuen und der Zugang zu Zielgruppen (sowie aufsuchende Arbeit) herausfordernd ist.

Die Datenerhebung bei den Beratungsstellen und den Landes-Demokratiezentren weist auf einen deutlichen Anstieg des Fallaufkommens in den letzten Jahren hin, was die oben beschriebene Situation nochmals verschärft (vgl. VRBG 2025). Auf den erhöhten Bedarf wurde in einigen Bundesländern bereits mit einer Aufstockung von Mitteln reagiert. Gleichzeitig stieg das Beratungsaufkommen weiter an, wie Koordinierungs- und Beratungsstellen über alle Beratungsformen und Bundesländer hinweg berichten.

Dies stellt Beratungsstellen vor Herausforderungen. Beratungsanfragen können nicht immer zeitnah und allumfänglich mit den vorhandenen Ressourcen und Personal bearbeitet werden. Viele Beratungsstellen sind bei der Bearbeitung von Beratungsfällen stark ausgelastet, andere können Teilaufgaben wie die proaktive Fallrecherche nur noch eingeschränkt leisten – obwohl dies für die Zielerreichung und die Zugänglichkeit der Angebote „wahnsinnig wichtig wäre“ (FG\_P1). Es sei derzeit nur möglich, den „Ist-Zustand“ zu halten, nicht aber, die Beratungsarbeit weiter auszubauen (FG\_P2). Gleichzeitig wäre dies jedoch in Anbetracht eines erhöhten Phänomenaufkommens bei Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus besonders wichtig. Eine Beratungsstelle fasst dies folgendermaßen zusammen:

*„Manche Teams sind an der Belastungsgrenze schon längst angekommen, müssen Beratungsstopps einführen, [...] Wir müssen dann priorisieren, welche Fälle akuter oder virulenter sind [...]. Manche Sachen stellen wir nach hinten an. Bildungsarbeit machen wir so gut wie gar nicht mehr. Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit ist einfach ressourcentechnisch unmöglich, wenn sie außerhalb der Beratungskontexte liegt.“ (FG\_P4)*

Die zunehmende Priorisierung in der Fallbearbeitung und im Aufgabenspektrum der Beratungsstellen ist ein durchgängiges Ergebnis in allen Datenerhebungen bei Beratungsstellen und Landes-Demokratiezentren.

Denn insgesamt bleibt die Finanzierung der Beratungsstellen – trotz erfolgter Mittelerrhöhungen – schwierig. Dieses scheinbare Paradox löst sich auf, wenn die realen Kosten und die Höhe der aktuellen Förderung einander gegenübergestellt werden: In Anbetracht von Tarifsteigerungen und Inflation hat de facto ein Rückgang der Finanzierung stattgefunden. Die Beratungsstellen leben von vergangenen Investitionen, etwa bei technischer Ausstattung und streichen bereits jetzt bei Sachkosten. Diese Ressourcenknappheit beeinträchtigt teils auch die Möglichkeit zur weiteren Vernetzung und Sensibilisierung von Regelstrukturen für das Thema Rechtsextremismus. Die eigentliche Fallarbeit hat Vorrang und andere Aufgabenfelder müssen häufig gekürzt werden.

### **3.2 Verschärfte Problemlagen und komplexere Beratungsfälle**

Neben dem Anstieg der Fallzahlen sind die Beratungsstellen auch mit komplexer werdenden Problemlagen in Bezug auf ihre Zielgruppen konfrontiert. Das Handlungsfeld der Beratungsarbeit hat sich gerade in den letzten Jahren noch einmal erweitert. Innergesellschaftliche Konflikte und die aktuelle (welt-)politische Lage spielen zunehmend eine Rolle. Zu nennen sind etwa der Anstieg von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus nach dem 7. Oktober 2023 (vgl. CLAIM 2025; RIAS 2025; Weiberg et al. 2025), aber auch ein Anstieg

von Betroffenen aus der LSBTIQ\*-Community sowie zunehmende Angriffe auf CSD-Paraden (vgl. Amadeu Antonio Stiftung o.J.; BMI 2025a). Durch die komplexer werdenden Problemlagen wird u.a. die Fallbearbeitung zeitintensiver:

*„Die mehrfache Komplexität von Fällen, also sprich psychische Belastung von Beratungsnehmer\*innen wird immer extremer. [...] Menschen geht es einfach immer schlechter. Und das ist sehr spürbar. Und dementsprechend brauchen natürlich Beratungen auch immer mehr Zeit.“ (FG\_P2)*

Neben Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und LSBTIQ\*-Feindlichkeit nimmt insbesondere die Radikalisierung junger Menschen als Problemlage zu. Viele Beratungsstellen berichten, dass die Zielgruppe im Handlungsfeld Rechtsextremismus immer jünger wird. *„Es ist wieder cool, rechts zu sein“*, wie ein\*e Interviewpartner\*in es formuliert (FG\_P3). Dabei ist das Aufkommen rechtsextremer Jugendgruppen wie die sogenannte „letzte Verteidigungswelle“ zu nennen (vgl. BKA 2025b), aber auch die zunehmende Radikalisierung über soziale Medien sowie der Bereich der digitalen Gewalt. Hier ergeben sich für Beratungsstellen neue Herausforderungen. Zugänge zu Zielgruppen sind im digitalen Raum deutlich schwerer und Akteur\*innen nicht immer einfach zu identifizieren. Außerdem gibt es kaum Rechte für Betroffene und Lücken im Opferschutz, wenn Angriffe von minderjährigen Täter\*innen verübt werden, wie die Teilnehmer\*innen im Fokusgruppengespräch anmerken. Die Beratungsstellen müssen dazu ihr Angebot und ihre Arbeitsweise anpassen sowie neue Zugänge zu Zielgruppen erschließen.

Durch eine jünger werdende Zielgruppe rückt außerdem der Sozialraum Schule noch stärker in den Fokus der Arbeit von Beratungsstellen. Der Bereich Schule verzeichnet einen deutlichen Anstieg von Fallzahlen und Anfragen an Beratungsstellen. Ein\*e Mitarbeiter\*in einer Ausstiegs- und Distanzierungsberatung beschreibt es folgendermaßen:

*„Wir merken, dass unsere Zielgruppen immer jünger werden. Wir haben teilweise jetzt schon in der Ausstiegsarbeit mit Personen, die 12, 13 sind, zu tun. Wir haben*

*Anfragen aus Schulen schon aus der 4., 5., 6. Klasse, was wir vorher nie hatten. Also, es geht immer früher los. [...] Wir werden momentan von Anfragen aus Schulen überannt. Also, das geht total hoch. Und wir wissen gerade gar nicht mehr, wie wir damit umgehen können.“ (FG\_P5)*

Laut Beratungsstellen fehlt es an Medienkompetenz bei Schüler\*innen und Lehrkräften (etwa Faktenchecks für soziale Medien) sowie an präventiven Angeboten. Zudem besteht eine Überlastung vieler Schulen insgesamt (FG\_P3), was die Situation zusätzlich verschärft. Beratungsstellen können in diesem Kontext keine schnelle „Feuerwehr“ sein (FG\_P3) oder strukturelle Probleme mit ihrer Arbeit aufheben.

Neben dem Fokus auf rechte Jugendgruppen besteht die Umsetzung der Arbeit gegen Rechtsextremismus in (post-)migrantischen Communitys, wie etwa in Hinblick auf die Gruppierung der „Grauen Wölfe“, als weitere inhaltliche Herausforderung. Hier ist die Zielgruppe teils selbst von Diskriminierung und Rassismus betroffen, gleichzeitig aber auch in rechtsextreme Strukturen involviert. In diesen Fällen müssen Beratungsstellen Zugänge anpassen und Vernetzungen ausbauen. Berater\*innen müssen sich außerdem zunehmend mehrsprachig aufstellen und diversere Strukturen schaffen, da diese teils noch als *„recht weiß gelesen“* werden (FG\_P4). Dies lässt sich jedoch nur partiell im normalen Arbeitsalltag bewältigen und erfordert zusätzliche Ressourcen (FG\_P5).

### **3.3 Zunehmende Bedrohungslagen und Delegitimierung der Beratungsarbeit**

Als weitere Einschränkung nennen Beratungsstellen zunehmende Bedrohungslagen ihrer Arbeit. Diese Entwicklung deckt sich mit den Erkenntnissen früherer Studien (Ratzmann & Pöggel 2024; Sommer & Ratzmann 2022). Der Umgang mit Bedrohungen bindet viele Ressourcen, die dann für die eigentliche Beratungsarbeit fehlen.

Zum einen berichten Beratungsstellen von einer zunehmenden Diffamierung und gezielten Versuchen, ihre Arbeit sowie die Extremismusprävention insgesamt zu delegitimieren – zum Beispiel durch

rechtsextreme Akteur\*innen, Parteien und Medien. Darüber hinaus bereiten anstehende (Landtags-)Wahlen einigen Beratungsstellen Sorgen – insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern –, da eine Zunahme der rechtsextremen Stimmungslage sowie eine abnehmende politische Unterstützung auf Landesebene befürchtet werden.<sup>2</sup> Hier brauche es eine starke fachliche wie politische Verteidigung der Beratungsarbeit seitens der Fördergeber und Entscheidungsträger/Ministerien.

Zum anderen sind Beratungsstellen und ihre Mitarbeitenden konkreten Angriffen in ihrer alltäglichen Arbeit ausgesetzt. Diese reichen von verbalen Beleidigungen über Vandalismus und Sachbeschädigungen (z.B. von privaten PKWs der Mitarbeitenden) bis hin zu Gewaltandrohung und tatsächlicher physischer Gewalt. Das folgende Zitat einer Teilnehmer\*in im Fokusgruppengespräch verdeutlicht die Situation exemplarisch:

*„Wir sind zunehmend in Schulen unterwegs und müssen uns da noch mal ganz neue Sicherheitskonzepte überlegen, weil es nicht mehr möglich ist, dass die Mitarbeitenden in der Hofpause auch einfach über den Schulhof geführt werden, weil eben die Bedrohung dann schon da ist, dass dann auch Schüler\*innen ihr Handy zücken und dann die Kamerad\*innen rufen und man dann halt sieht, dass einschlägige Fahrzeuge vorgefahren kommen und auf unsere Mitarbeitenden warten. Also das sind ganz neue Lagen, da haben wir uns früher gar keine Gedanken gemacht.“ (FG\_P5)*

Daraus resultiert ein steigender Schutzbedarf für Beratungsstellen und deren Mitarbeitende. Besonders im ländlichen Raum wird die Gefährdungslage für Berater\*innen als hoch eingeschätzt. Sicherheits- und Schutzkonzepte werden für Beratungsteams als „unabdingbar“ beschrieben (FG\_P7). Dies beinhaltet beispielsweise bestimmte räumliche

Vorkehrungen für Büros, das Nutzen von Dienstwagen, Beratungsarbeit in Zweier-Teams bei Außenterminen, das Vermeiden der Nennung von Nachnamen der Mitarbeitenden sowie die Sperrung von Namen in Melderegistern. Gerade Letzteres wird von Beratungsstellen als sehr behäbig kritisiert, da es regional sehr unterschiedlich ist, wie schnell und einfach entsprechende Melderegistersperren durch lokale Behörden erfolgen. Hier besteht die Forderung, dass es Einheitlichkeit im Verfahren geben muss und es eine stärkere Sensibilisierung entsprechender Behörden braucht (FG\_P7).

Beratungsstellen können zudem aufgrund ihrer Struktur nur sehr unterschiedlich gegen Bedrohungslagen vorgehen. Während große Träger häufig mehr Ressourcen und finanzielle Möglichkeiten haben, sind kleinere Träger und Selbstorganisationen potenziell stärker von Angriffen betroffen. Sie benötigen zusätzliche Schutzmaßnahmen. Hier ist besondere Unterstützung durch Politik und Fördergeber notwendig.

## 4. Fazit und Ausblick

Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen gewinnt angesichts steigender Zahlen von Gewalt und Radikalisierung zunehmend an Bedeutung, steht zugleich jedoch aktuell vor erheblichen Herausforderungen.

Einerseits sind die Rahmenbedingungen der Beratungen durch eine Reihe von Faktoren positiv gekennzeichnet. Dazu zählen die strukturelle Institutionalisierung in zugehörigen Verbänden, ein hoher Professionalisierungsgrad der Mitarbeitenden, der Ausbau von Qualitätsstandards, ein guter Zielgruppenzugang sowie die etablierte Vernetzung mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Themenfeld.

Andererseits sind die Beratungsanfragen in den vergangenen Jahren so stark angestiegen, dass sie

---

<sup>2</sup> Dies war zuletzt bereits bei einigen Demokratieprojekten und Partnerschaften für Demokratie auf lokaler Ebene der Fall (vgl. Feuerbach 2025; WochenKurier 2025).

mit den vorhandenen Ressourcen kaum noch adäquat bearbeitet werden können – teilweise stehen Beratungsstopps kurz bevor. In der Zielgruppenarbeit differenzieren sich die Problemlagen weiter auf, insbesondere durch immer jünger werdende rechtsextreme Jugendgruppen, eine zunehmende Radikalisierung in und durch soziale Medien sowie im Umfeld von Schulen. Darüber hinaus sind die Beratungsstellen mit wachsenden Bedrohungslagen und Delegitimierungsversuchen konfrontiert.

All dies erfordert einen weiteren Ressourceneinsatz der ohnehin schon stark ausgelasteten Bera-

tungsstellen. Teils wird die eigentliche Beratungsarbeit durch diese Herausforderungen beeinträchtigt und Beratungsstellen können ihr Potenzial nicht voll ausschöpfen.

Die Auswertung der aktuellen Situation unterstreicht, dass die Arbeit der Beratungsstellen weiterhin so gut wie möglich auf politischer Ebene gefördert, geschützt und unterstützt werden muss. Aktuelle Entwicklungen wie der Anstieg von Fallzahlen, neue Herausforderungen in der Arbeit mit Zielgruppen sowie Bedrohungslagen müssen hier Berücksichtigung finden.

## LITERATURVERZEICHNIS

- **Amadeu Antonio Stiftung (o.J.):** CSDs schützen! Demokratie verteidigen. Online verfügbar unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/csds-schuetzen/>, zuletzt geprüft am 08.10.2025.
- **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) (o.J.):** Landes-Demokratiezentren. Online verfügbar unter <https://www.demokratie-leben.de/dl/programm/programm-bereiche/landes-demokratiezentren>.
- **Bundesministerium des Innern (BMI) (Hg.) (2025a):** Übersicht „Hasskriminalität“ der Politisch motivierten Kriminalität (PMK). Online verfügbar unter [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25053\\_pmk-2024-uebersicht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25053_pmk-2024-uebersicht.pdf?__blob=publicationFile&v=5).
- **Bundesministerium des Innern (BMI) (Hg.) (2025b):** Verfassungsschutzbericht 2024. Online verfügbar unter [https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9](https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=9).
- **Bundeskriminalamt (BKA) (2025a):** Politisch motivierte Kriminalität: Höchster Anstieg seit Beginn der Erfassung. Bundesweite Fallzahlen für 2024 veröffentlicht. Online verfügbar unter [https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Delikt-bereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024\\_node.html](https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Delikt-bereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html).
- **Bundeskriminalamt (BKA) (2025b):** Festnahme von vier mutmaßlichen Mitgliedern und einem Unterstützer der rechtsextremistischen terroristischen Vereinigung „Letzte Verteidigungswelle – L.V.W.“. Online verfügbar unter [https://www.bka.de/SharedDocs/Kurz-meldungen/DE/Kurz-meldungen/250521\\_Festnahme\\_LVW.html](https://www.bka.de/SharedDocs/Kurz-meldungen/DE/Kurz-meldungen/250521_Festnahme_LVW.html).
- **Demokratiezentrum Hessen (Hg.) (2024):** Jahresbericht 2023 des Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Online verfügbar unter [https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2024/09/finalversion-Jahresbericht-2023-Beratungsnetzwerk-hessen\\_doppelseitig.pdf](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2024/09/finalversion-Jahresbericht-2023-Beratungsnetzwerk-hessen_doppelseitig.pdf).
- **Düker, Joe und Mellea, Jessa (2024):** Neue Generation Neonazis: Mobilisierung gegen CSD-Veranstaltungen. Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS). Online verfügbar unter [https://ce-mas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/ce-mas\\_-\\_2024-11\\_-\\_research\\_paper\\_-\\_neue\\_generation\\_neonazis.pdf](https://ce-mas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/ce-mas_-_2024-11_-_research_paper_-_neue_generation_neonazis.pdf).
- **CLAIM (Hg.) (2025):** Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2024. Online verfügbar unter [https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2025/06/claim\\_lagebild25\\_250630\\_web.pdf?x57670](https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2025/06/claim_lagebild25_250630_web.pdf?x57670).
- **Feuerbach, Leonie (2025):** Kulturzentrum, nein danke: Wenn die AfD bestimmt, was weg soll. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21. September 2025, Nr. 38.
- **Haase, Katrin; Schau, Katja; Dittrich, Franziska und Figlestahler, Carmen (2024):** Nachhaltige Beratungs- und Vernetzungsstrukturen: Zum aktuellen Stand und zu Herausforderungen der Ausgestaltung. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Land im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderperiode 2020 bis 2024. Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut (DJI).
- **Pöggel, Tanita Jill (2024):** Beratung gegen Rassismus: Zwischen bewegungsorientiertem Antirassismus und Staatslogik. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Vol. 37 (Issue 1), 72–87. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1515/fjsb-2024-0006>.

- **Ratzmann, Nora und Pöggel, Tanita Jill (2024):** Bedrohungslagen in der zivilgesellschaftlichen Beratungsarbeit: Ergebnisse einer qualitativen Kurzstudie unter Beratungsstellen mit Fokus auf Diskriminierung, Rassismus und Vielfalt. Abschlussbericht. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter <https://www.dezim-institut.de/publikationen/bedrohungslagen-in-der-zivilgesellschaftlichen-beratungsarbeit/>.
- **Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (RIAS) (2025):** Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024. Online verfügbar unter [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf).
- **Sommer, Moritz und Ratzmann, Nora (2022):** Bedrohte Zivilgesellschaft: Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DeZIM Research Notes 10, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/bedrohte-zivilgesellschaft/>.
- **Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) (2025):** Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2024. Online verfügbar unter <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2024-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen>.
- **Weiberg, Mirjam; Kleist, J. Olaf; Albrecht, Yvonne; Al-Hashash, Samah; Hirseland, Aline-Sophia; Juds, Laura; Konyali, Ali; Mai, Hanna Hoa Anh; Prytula, Andrea; Ramadan, Ebtisam; Schöll, Anja; Sowa, Christian und Sträter, Till (2025):** Vielfalt stärken, Demokratie gestalten: Transfer und organisationaler Wandel in der Zivilgesellschaft. DeZIM Project Report 16, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter <https://www.dezim-institut.de/publikationen/vielfalt-staerken-demokratie-gestalten/>.
- **Weiberg, Mirjam und Schöll, Anja (2025):** Schwindende Räume: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird. DeZIM Policy Briefs 3, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter <https://www.dezim-institut.de/publikationen/schwindende-raeume/>.
- **WochenKurier (2025):** Fatales Signal im Landkreis. Online verfügbar unter <https://www.wochenkurier.info/landkreis-bautzen/artikel/fatales-signal-im-landkreis>.

## ÜBER DIE AUTOR\*INNEN

### **Dr. Christian Sowa**

Christian Sowa arbeitet seit November 2022 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Fachgruppe „Demokratieförderung und demokratische Praxis“ am DeZIM-Institut. Sein Arbeitsfokus liegt auf Evaluation und Politikberatung sowie auf den Themenfeldern demokratische Teilhabe, Antidiskriminierung und Extremismusprävention. Vor seiner Tätigkeit am DeZIM studierte er Politik- und Sozialwissenschaften an der Freien Universität Berlin, der American University of Beirut und der Columbia University New York. Er promovierte 2022 an der SOAS University of London zur Unterbringung Geflüchteter in Berlin.

### **Till Sträter**

Till Sträter ist Politikwissenschaftler und arbeitet zu den Themen Zivilgesellschaft, Rechtsextremismus, Rassismus und Erinnerungspolitik. Seit 2010 ist er schwerpunktmäßig in der Politikberatung und Programmevaluation in den Themenfeldern Demokratie, Menschenrechte, Antidiskriminierung und gesellschaftliche Teilhabe tätig. Er arbeitet seit 2020 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am DeZIM-Institut.

### **Dr. Olga Janzen**

Olga Janzen ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachgruppe „Demokratieförderung und demokratische Praxis“ am DeZIM-Institut. Im Projekt zur Evaluation der durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Landes-Demokratiezentren verantwortet sie das jährliche Monitoring. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und des antimuslimischen Rassismus aus Perspektive der Vorurteilsforschung.

### **Sonja Haase**

Sonja Haase ist studentische Mitarbeiterin in der Fachgruppe „Demokratieförderung und demokratische Praxis“ am DeZIM-Institut und arbeitet im Projekt zur Evaluation der Landes-Demokratiezentren im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Migration, soziale Ungleichheit, Diskriminierung und Zivilgesellschaft. Sie studiert im Master Ethnographie: Theorie – Praxis – Kritik am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin.

## ÜBER DAS PROJEKT

Das DeZIM-Institut evaluiert seit 2025 die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Landes-Demokratiezentren. Diese koordinieren und fördern in allen Bundesländern Angebote der Mobilen Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung sowie der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung. Deren Aufgabenfelder umfassen Prävention und Bekämpfung von Extremismus (insbesondere Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus), Antisemitismus, anti-Schwarzer, antimuslimischer und antiasiatischer Rassismus, Antiziganismus, LSBTIQ\*-Feindlichkeit und Antifeminismus. Ziel der Evaluation ist es, die Arbeit der Landes-Demokratiezentren hinsichtlich Umsetzung, Zielerreichung und Wirkungen zu begleiten und (formativ und summativ) zu evaluieren.

Weitere Informationen unter:

<https://www.dezim-institut.de/projekte/evaluation-landes-demokratiezentren-bundesprogramm-demokratie-leben-5-06/>

## IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2026. Alle Rechte vorbehalten.

**Sowa, Christian; Sträter, Till; Janzen, Olga und Haase, Sonja (2026):** Aktuelle Herausforderungen für Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. DeZIM Working Papers 11, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM Working Papers geben die Auffassung der Autor\*innen wieder.

### Herausgeber



**Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.**

Mauerstraße 76

10117 Berlin

+49 (0)30 200 754 130

✉ [presse@dezim-institut.de](mailto:presse@dezim-institut.de)

🌐 [www.dezim-institut.de](http://www.dezim-institut.de)

### Autor\*innen

**Dr. Christian Sowa, Till Sträter, Dr. Olga Janzen, Sonja Haase**

### Schlussredaktion

**Maren Seidler**

### Layout

**neonfisch.de**

### Covergestaltung

**Sven Knauth**

### ISBN

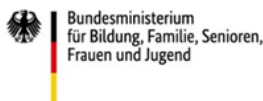
**978-3-911716-31-4**

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Diese Studie wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom BMBFSFJ gefördert.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Autor\*innen dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

**Demokratie leben!**